

Zwei Seelen, wohnen, ach! in des Schweizers Brust

Ein Kommentar zu Point de Suisse 2015

2 Seelen, wohnen, ach, in meiner Brust. So hört man die Schweizerin und den Schweizer stöhnen, wenn man die *Point de Suisse 2015*-Befragung anschaut. Eine moderne und eine mythische Seele treffen aufeinander, eine strukturell konservative und eine sozialpolitisch reformfreudige, eine weltoffene und eine verschlossene.

Modern - mythisch

Die Antworten auf die Frage, welche Ereignisse und Figuren wichtig für das Selbstverständnis der Schweiz sind (**H3**), zeugen von einem komplexen und widersprüchlichen Geschichtsbild: Da streitet sich die ganze Schweiz über Morgarten und Marignano, werden blutige alte Schlachten zelebriert, um aktuelle Politik zu machen, doch die Befragten sehen es ganz klar: Das wichtigste Ereignis für das Selbstverständnis der Schweiz ist die Gründung des Bundesstaates von 1848. Satt 87,9 Prozent sind dieser Meinung – ein offensichtliches Bekenntnis zum modernen republikanischen Staatswesen und zu einem Akt, der zwar auch kriegerisch war (mit dem Sonderbundskrieg), dessen Bedeutung aber vor allem darin liegt, dass sich vorwärtsschauende Kräfte durchgesetzt und nach jahrzehntelanger Instabilität ein System geschaffen haben, das bis heute erfolgreich funktioniert. Mit 81,3 % folgt allerdings auf Platz 2 der eher mythische Rütlichschwur. Zwei Seelen, ach Die eine Seite ist geprägt von einem nüchternen Verständnis des Landes, wie es sich in den letzten 200 Jahren entwickelt hat, die andere von der romantischen Sicht auf die historisch kaum zu fassenden Sagen und Helden des Mittelalters.

Die gleiche Gespaltenheit zeigt sich auf den Plätzen drei und vier. Denn auf Platz drei steht die Einführung des Frauenstimmrechts (1971), jene überfällige Korrektur der Ausgrenzung und der antiquierten Geschlechterrollen, die mehrere Anläufe benötigte, um die Schweiz endlich vom Image der viel belächelten Mannenvorherrschaft zu erlösen. Praktisch gleich wichtig wie das Frauenstimmrecht ist aber ein Mann, *der* Mann der Schweizer Geschichte, die literarische Figur Wilhelm Tell. Mit 79,3 % liegt er nur knapp hinter dem Frauenstimmrecht. Auch hier streiten sich die Gegensätze in unserer Brust, moderne Frauenpower kämpft mit mythischer Männermacht.

Etwas abgeschlagen mit 36,7 % wird zuletzt das Réduit genannt, Zeichen dafür, dass ein Drittel der Schweizer die Einigeltaktik des Zweiten Weltkriegs auch politisch für wegweisend hält, aber auch dafür, dass es trotz allen politischen Beschwörungen keine für das aktuelle Land prägende Erfahrung mehr ist. Die Männer finden das Réduit wichtiger als die Frauen (47,5 % gegenüber 25,9 %), die Älteren als die Jüngeren (47,5% gegenüber 28,2 %) und die höher Gebildeten als diejenigen mit geringer Bildung (47,0 % gegenüber nur 17,5 %). Mit dem Verschwinden der Aktivdienstgeneration droht dieser Begriff offensichtlich ganz aus dem Bewusstsein zu verschwinden. 38,2 % (sogar 51,3 % der Frauen und 55,3 % der schlechter Gebildeten, 37,8 % der SVP-Anhänger) geben

nämlich an, das Réduit nicht zu kennen, eine weitaus höhere Zahl als bei allen anderen Ereignissen und Personen.

Konservativ - reformfreudig

Die Gespaltenheit kommt weiter darin zum Ausdruck, dass die Befragten in den meisten strukturellen Dingen überaus konservativ, bei gesellschaftspolitischen Fragen aber durchaus reformwillig sind. Man will den gewohnten Rahmen nicht verändern, findet weder Gemeinde- noch Kantonsfusionen (H9) attraktiv, am innenpolitischen System hält man ebenso (H8) fest wie an der Aussenpolitik (H6). Die Schweizer geben sich bewahrend, bäuerlich, berglerisch. Auch wenn in der Zwischenzeit ein Drittel in den Städten lebt, ein weiteres Drittel in den Agglomerationen und nur noch ein Drittel im eher ländlichen Raum, hat man wenig Sympathien für Urbanes (H9).

Man ist aber umgekehrt erstaunlich offen für neue Ansätze und sozialpolitische Massnahmen dort, wo es darum geht, die Gesellschaft gerechter zu machen, ohne dabei die bewährten politischen Strukturen zu verändern. Stichworte sind etwa Elternurlaub (H4), gerechte Einkommensverteilung, faire Löhne, weniger Steuerunterschiede zwischen den Gemeinden und Kantonen (H10). Man sieht auch in der Rettung der Umwelt (H14) durchaus Chancen für die Wirtschaft und hofft hier auf mutige Innovationen.

Strukturell bestimmt der Föderalismus die Entscheidungen: 37,2 % wollen den Kantonen sogar mehr Einfluss geben, 55,7 % gleich viel, nur 7,1 % weniger (H8). Insbesondere die Italienischsprachigen sähen die Kantone gerne noch mächtiger (58,2%), gefolgt von den Französischsprachigen (44,5 %) und den eher etwas zurückhaltenden Deutschsprachigen (33,4 %).

Und fast gleichauf mit den Kantonen liegt das Volk, das mit Initiativen und Referenden Einfluss ausüben soll. Dem Parlament hingegen würden nur etwa halb so viele Personen mehr Macht und Einfluss gewähren wie den Kantonen und dem Volk. 69,9 % finden die aktuelle Machtfülle gerade richtig. Offensichtlich verfügen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über mehr Vertrauen in den italienisch- und französischsprachigen Regionen, denn dort gestehen ihnen 29,3 % bzw. 27,1 % der Befragten mehr Macht zu, in der Deutschschweiz nur gerade 16,9 %.

Dem Bundesrat würden bereits 15,5 % der Befragten weniger Einfluss geben, 64,1 % gleichviel, 20,4 % mehr. Damit liegt er in einer ähnlichen Dimension wie die grossen Städte, denen 18,4 % mehr, 64,5 % gleichviel und 17,1 % weniger Einfluss zugestehen.

Skeptisch ist man hingegen gegenüber den Interessengruppen und Lobbyisten, deren Einfluss 40,8 % der Befragten reduzieren und nur 13 % erhöhen möchten. Und noch grösser ist das Misstrauen gegenüber den Medien, deren Macht 42,1 % reduzieren und nur 8,6 % vergrössern würden.

Insgesamt lässt sich aber das Bild einer unbedrohten, breit akzeptierten Stabilität erkennen, wird doch den bewährten staatlichen Institutionen mit überwiegender Mehrheit entweder gleich viel oder sogar etwas mehr Macht zugestanden.

Die Bedeutung des Föderalismus und das bewahrend-konservative Element werden gleich nochmals bestätigt, wenn 25,2 % voll und 52,9 % eher der Aussage zustimmen, dass der grosse politische Einfluss der kleinen Landkantone wichtig sei für den Zusammenhalt (H9). Besonders betonen dies die weniger Gebildeten (84,2 %), die Älteren und die Italienischsprachigen.

Die Schweizer sind, so scheint es, in ihrem Innern Bauern und Landbewohner geblieben. Und natürlicher ist auch jeder Schweizer ein Bergler, stimmen doch 23,5 % ganz und 46 % eher der Aussage zu, dass die Abwanderung aus den Berggebieten mit Subventionen und lokaler Wirtschaftsförderung gestoppt werden müsse. Am stärksten ist die Zustimmung bei den Italienischsprachigen (88,8 % Zustimmung).

Umgekehrt ist eine antiurbane Haltung spürbar, etwa in der Aussage, dass eine Grossstadt wie Paris, Mailand oder Berlin nicht zur Schweiz passt, was 70,7 % bestätigen. Die Städte als Wirtschaftsmotoren des Landes sollen daher auch nicht mehr Macht erhalten, denn dies befürworten nur 49 %, während 51,0 % dagegen sind.

Der Strukturkonservatismus zeigt sich weiter darin, dass man weder auf Kantons- noch auf Gemeindeebene Änderungen wünscht: 16,0 % sind ganz und 41,1 % eher dagegen, dass die Zahl der Gemeinden in den nächsten zwanzig Jahren stark reduziert wird. Und 23,2 % voll bzw. 43,9 % eher lehnen eine neue Einteilung in einige Grossregionen mit je einem städtischen Zentrum ab.

Am deutlichsten ist die Abneigung gegen politische Änderungen allerdings in der Aussenpolitik (H6). Satte 85,8 % haben keine Lust, in den nächsten zehn Jahren der EU beizutreten. Das Fähnlein der aufrechten EU-Befürworter ist auf 14,2 % zusammengeschrumpft. Bei den Argumenten für die jeweilige Position überwiegen auf beiden Seiten die wirtschaftlichen Vorbehalte, bei den ablehnenden Argumenten gefolgt von der Befürchtung, dass die EU die Eigenheiten der Schweiz unterwandere (38,6 %). Ein gutes Drittel (34,3 %) geht sogar davon aus, dass die EU bald zerfällt, ein Viertel (26,6 %) hält die EU für zu undemokratisch, 15,1 % für zu unsozial.

Auch bei den Autoritäten hält man sich an das Bewährte (H13). Die katholische Kirche oder genauer ihr Oberhaupt Papst Franziskus I behält trotz heftiger Diskussionen um die Position einzelner hiesiger Kirchenvertreter viel Vertrauen. 22,5 % gehen davon aus, dass der Papst die ganze Wahrheit sagt, weitere 41,4 % eher die Wahrheit (total 63,5 %), am intensivsten ist dieser Glaube mit 80,5 % bei den Italienischsprachigen.

Die Schweizer gelten ja manchmal als recht überheblich. Wir sind am saubersten, ordentlichsten, pünktlichsten, fleissigsten, wir haben die beste Berufslehre und die schönsten Berge. Wer also kann uns noch etwas beibringen? Die Österreicher – wer hätte das gedacht, ausgerechnet unsere östlichen Nachbarn, uns vielleicht am ähnlichsten, aber in der Regel lieber mit Witzen bedacht als mit ernsthafter Auseinandersetzung. 58,2 % würden nämlich bei der Frage (H4) gerne bis zwei Jahre Elternurlaub übernehmen. Wenig überraschend sind die Italienischsprachigen mit 71,1 %, gefolgt von den Französischsprachigen mit 61,6 % hier fordernder als die Deutschschweizer, die aber immerhin noch eine Mehrheit von 56,2 % hinkriegen.

Auf Platz zwei folgt eine ähnliche Überraschung. Eine knappe Mehrheit von 50,4 % würde eine Frauenquote im öffentlichen Dienst befürworten. Auch hier führen die Italienischsprachigen mit 64,8 % das Feld an, wiederum gefolgt von den Französischsprachigen mit 53,3 %, während die deutschsprachigen Befürwortet mit 48,4 % bereits in der Minderheit sind.

Und auf Platz drei schliesslich folgt mit 48,3 % die 35-Wochen-Stunde Frankreichs, welche die Italienischsprachigen wiederum mit 67,3 % klar befürworten, die Französischsprachigen hingegen wohl aufgrund der Erfahrungen in Frankreich mit nur 36,2 % Ja-Stimmen deutlich ablehnen und die angeblich fleissigen Deutschsprachigen,

man glaubt es kaum, mit 51,1 % befürworten. Die Jüngeren sind klar dafür, die Älteren ebenso klar dagegen, diejenigen im mittleren Alter unentschieden, die schlecht Ausgebildeten und die schlecht Verdienenden klar dafür (65,5 %), die gut Ausgebildeten ebenso klar dagegen (39,2 %), die mittleren wiederum unentschieden.

Überraschend reformfreudig werden die Befragten auch, wenn es um Steuern geht **(H9)**. Dass Landgemeinden in Stadtnähe keine Steuervorteile bieten dürfen, befürworten 17,6 % voll, 36,5 % eher, was immerhin eine Mehrheit von 54,1 % für eine entsprechende Änderung der heutigen Steuerpolitik bieten würde. Am stärksten ist die Zustimmung bei den Deutschsprachigen (19,5 % voll und ganz, 36,0 % eher), am schwächsten bei den Italienischsprachigen (8,8 % ganz, 30,6 % eher).

Deutlich revolutionärer als beim Verhältnis von Stadt und Land und den bestehenden Institutionen sind die Befragten auch bei Veränderungen, die den Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung stärken sollen **(H10)**. So stimmen 80,4 % der Aussage zu, dass eine gerechte Einkommensverteilung den Zusammenhalt stärken würde. Offensichtlich halten sie die aktuelle nicht wirklich für gerecht. Und insgesamt 72,1 % würden gerne kantonale Steuerunterschiede abschaffen und stellen damit einen der Pfeiler des Föderalismus, an dem sie eigentlich festhalten, in Frage.

Auch was die Sprachenpolitik betrifft, ist sich eine Mehrheit von 66,5 % einig, dass jeder in diesem Lande zwei Landessprachen beherrschen sollte (noch deutlicher sehen das die Italienischsprachigen mit 88,2%) **(H10)**. Am wenigsten behagt diese Vorstellung den schlechter Qualifizierten (die aber doch mit 53,4 % zustimmen). Wieso führen wir eigentlich eine endlose Diskussion zu Frühenglisch, wenn zwei Drittel der Befragten für den Vorrang der Landessprachen votieren? Mehrsprachigkeit erscheint auch als probates Mittel, den Rösti- und Polentagraben zu füllen **(H5)**. Gibt es diese Gräben überhaupt? Immerhin 15,7 % verneinen dies, und weitere 13,3 % kennen diese Gräben nicht. Aber eine deutlich grössere Gruppe möchte etwas dagegen tun, indem man die Landessprachen an den Schulen stärkt (31,8 %) – und zwar tun das alle Sprachgruppen in ähnlichem Masse.

Ebenfalls reformfreudig und auf soziale Gerechtigkeit zielend zeigen sich die Befragten bei Fragen des Lohns **(H12)**. Mehr Lohn erhalten sollten nach Meinung von 74,9 % die Altenpfleger, nur gerade 1,6 % würde diesen den Lohn kürzen. Auch Verkäuferinnen und Verkäufer sollten nach Ansicht von 73,9 % besser entlohnt werden. Bei den Lehrkräften hingegen finden 60,1 % den Lohn gerade richtig, bei den Künstlern und Hausärzten sind das 63,9 bzw. 63,8 %. Weniger Lohn hingegen würde eine Mehrheit von 52,0 % den Anwälten zugestehen, eine solche von 63,6 % den Managern, eine solche von 68,8 % den Politikern und gar 78,0 % würden den Profifussballern den Lohn kürzen.

Und schliesslich kommt dieses Engagement Richtung Erneuerung und Reform auch in der Umweltpolitik zum Tragen **(H14)**. Denn wiederum eher innovativ ist die Haltung von 82,6 %, die davon ausgehen, dass eine aktive Umweltpolitik die Wirtschaft beflügeln würde. 74,8 % machen dem Bundesrat Mut mit der Überzeugung, dass ein Übergang zu sauberer Energie in 20 Jahren zu schaffen ist. Allerdings soll das nach Meinung von 71,3 % eher durch persönlichen Verzicht als durch staatliche Eingriffe geschehen, drückt der Strukturkonservatismus also auch hier gleich wieder durch.

Insgesamt wirken die Befragten erstaunlich offen für gesellschaftliche Reformen und Innovationen: Allen erwähnten Themen ist zugleich eigen, dass sie heftig umstritten

und in der offiziellen Politik praktisch chancenlos sind und dass sie von vielen Politikern und Medien als unvereinbar mit dem schweizerischen Erfolgsmodell oder umgekehrt als Erklärung für die Schwierigkeiten in den jeweiligen Ländern dargestellt werden. Offensichtlich sind hier politisch-mediale Meinungen und die Haltung der Bürgerinnen und Bürger nicht ganz deckungsgleich.

Aber ebenso offensichtlich handelt es sich hier auch um Reformwünsche, die dann, wenn es konkret wird, wenn über entsprechende Vorlagen abgestimmt wird, doch keine Mehrheit finden, da einige ähnliche Vorlagen an der Urne gescheitert sind. Denn bei einer Abstimmung muss man auch darüber reden, wer diese Wünsche umsetzt, und das wäre wohl eher der Bund als die Kantone oder Gemeinden, was dem oben erwähnten grundlegenden Strukturkonservatismus widerspricht. Und dieser ist ausgerechnet dort besonders ausgeprägt, wo die sozialreformerischen Ideen eigentlich am meisten Unterstützung erhalten, nämlich in der italienisch- und französischsprachigen Schweiz. Zudem dürften die Wünsche auch gedämpft werden, wenn man über konkrete Kosten redet.

Was sich hier aber offenbart, sind wesentliche Nahtstellen schweizerischer Politik: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Stellung der Frauen, die Aufteilung der vorhandenen Arbeit und die Einkommensverteilung machen die zentralen Auseinandersetzungen sichtbar. Die Menschen spüren, dass Änderungen notwendig sind. Doch wie diese genau ausgestaltet werden sollen, darüber herrscht kein Konsens. Und wenn sie mit dem ausgeprägten Beharren auf struktureller Seite zusammentreffen, gewinnt in der Regel letztere. Der Strukturkonservatismus, hervorgerufen durch die Stabilität und den langanhaltenden Erfolg dieser Strukturen – warum sollte man aufgeben, was sich bewährt hat? – verhindert bisher tragfähige Lösungen bei den Fragen, bei denen man sich Reformen wünscht. Die Zukunft wird zeigen, ob das Land fähig sein wird, diese Blockade zu lösen, was wohl auch strukturelle Anpassungen bedingen würde, oder ob es in einem Zustand verharrt, in dem die Probleme zwar gesehen, aber nicht wirklich angepackt werden.

Weltoffen - verschlossen

Weil die gesellschaftspolitischen Fragen so schwierig und umstritten sind und man an den Strukturen auf jeden Fall festhalten möchte, wird die Auseinandersetzung um die zukünftige Stellung der Schweiz, aber auch um die Art und Weise, wie sich diese Gesellschaft versteht, besonders an einem Ort ausgetragen, in der Diskussion um Migration (**H7**). Denn hier prallen die verschiedenen Ebenen aufeinander: aussen und innen, Druck der Globalisierung auf bestehende Strukturen vs. Erhaltung einer binnenfixierten Perspektive, wirtschaftliche Erfordernisse und gesellschaftliche Ideale. Die Migration steht stellvertretend für die Zwänge der Vernetzung mit Europa und der Welt, der Globalisierung und des gesellschaftlichen Wandels. Die Schweizer haben daher nicht nur zwei Seelen in ihrer Brust, sondern sie sind ganz akut auch in zwei Blöcke gespalten, was Migration betrifft. Unsere Vernetzung mit Europa und der Welt wird daher besonders in der Frage der Migrationspolitik heftig und intensiv diskutiert (**H3**). Mit 53,9 % beim Nein zum EWR und 50,2 % bei der Masseneinwanderungsinitiative werden bei der Frage nach den wichtigsten historischen Ereignissen werden Zahlen genannt, die den aktuellen Bruch in der Gesellschaft widerspiegeln: 50,2 % ist praktisch das identische Resultat wie bei der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative selbst. Die Gesellschaft teilt sich in zwei

ungefähr gleich grosse Gruppen, wie die erhobenen Daten, aber auch verschiedene Abstimmungsergebnisse zeigen.

Hoffnungsvoll ist zwar die klare Einsicht, dass die Schweiz seit langem ein Einwanderungsland ist (H7). 40,2 % stimmen voll und ganz, 45,9 % stimmen eher zu; insgesamt eine überwältigende Anerkennung von 86,2 % für eine Tatsache, die in der Politik noch längst nicht als solche angekommen ist. Es ist einer deutlichen Mehrheit (68,4 %) auch klar, dass die Ausländer Jobs übernehmen, welche die Schweizer nicht wollen (68,4 %). Selbstverständlich ist auch, dass die Einwanderer zum Wohlstand der Schweiz beitragen (62,6 %). Zugestimmt wird schliesslich auch der Aussage, dass eine Aufenthaltsbewilligung bekommen soll, wer einen Arbeitsplatz hat (67,3 %).

Umgekehrt geht man ebenso selbstverständlich davon aus, dass viele fremdsprachige Kinder in einer Schule das Niveau senken (63,1 %). Die Aussagen, dass hochqualifizierte Ausländer Schweizer Talente verdrängen (50,9 %) und dass die Schweiz nur Hochqualifizierte ins Land lassen sollte (39,6 %), stossen auf grössere Skepsis.

64,4 % sehen in den Flüchtlingen eine Gefahr für den Wohlstand (H11). 60,1 % sehen sich ohnehin nicht für deren Not verantwortlich (am offensichtlichsten für die Französischsprachigen mit 72,8 %, am wenigsten für die Italienischsprachigen mit 50,3 %). Gleichzeitig fordern aber praktisch gleich viele, nämlich 60,9 %, dass die Schweiz bei humanitärer Hilfe eine führende Rolle spielen sollte. Und zwar primär vor Ort (83,1 %). Eine Mehrheit von 54,6 % plädiert dafür, vor allem Familien aufzunehmen, eine etwas kleinere Mehrheit von 51,9 % befürwortet Soforthilfe im Mittelmeer.

Immerhin 44,6 % fordern aber, dass das Land sofort alle Grenzen schliesst (überraschenderweise mit besonders starker Zustimmung bei den Französischsprachigen mit 50,1 %) während nur gut ein Viertel (26,5 %) davon überzeugt ist, dass die Schweiz 40'000 Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen kann – also deutlich mehr als bisher.

Dass die Kulturen sich vermischen, bereitet 18,2 % grosse und weiteren 28,6 % geringe Sorgen (total 46,8 %), während umgekehrt 18,4 Prozent damit grosse Hoffnungen verbinden und 25,1 % (total 43,4 %) geringe Hoffnungen. 9,7 % sind indifferent (H19).

Etwas überraschend ist, dass hier die Italienischsprachigen mit 31,8 % viel intensiver grosse Hoffnungen auf die Vermischung setzen als Deutschschweizer mit 15,1% (die Französischsprachigen liegen mit 26,1 % dazwischen). Nach den letzten Abstimmungsergebnissen im Tessin (Masseinwanderungs-Initiative, Verschleierungsverbot etc.) hätte man hier eine grössere Skepsis erwartet. Überraschend ist auch, dass sich diejenigen mit tertiärer Schulbildung praktisch gleich viele Sorgen machen wie die mit geringer (40,3 % gegenüber 39,4 %). Deutlich skeptischer sind hingegen mit 51,5 % diejenigen dazwischen, mit Sek. II-Abschluss. Hingegen erstaunt es weniger, dass die Skepsis einer Durchmischung gegenüber mit steigendem Alter zunimmt (53,5 % der 55-74 Jährigen machen sich Sorgen gegenüber 39,9 % der 16-34 Jährigen). Auch wenn man auf einer allgemeinen Ebene eine gewisse Offenheit und Verpflichtung der Schweiz signalisiert, ist damit nicht eine Öffnung der Staatsgrenzen verbunden, 39,3 % der Befragten bereiten offene Staatsgrenzen grosse Sorgen, 27,3 % etwas geringere, während nur 10,1 % grosse und 16,8% geringe Hoffnungen in eine solche Öffnung setzen. Dass die Italienischsprachigen hier am skeptischsten sind (72,8% bereitet eine mögliche Öffnung Sorgen, 55,5 % davon grosse), ist angesichts der Grenzgängerdiskussionen im Tessin leicht nachvollziehbar. Auch hier sind wiederum diejenigen mit einer mittleren Schulbildung (Sek. II) die Skeptischsten (70,3 % machen sich Sorgen, 43,6% davon

grosse, gegenüber 62,6% bei den eher schlecht Ausgebildeten und 60,1 % bei denjenigen mit tertiärer Ausbildung).

Man bekennt sich einerseits zur humanitären Tradition und zur Hilfe, anerkennt den Beitrag der Migranten an den schweizerischen Lebensstandard, kann auch mit einer zunehmenden Durchmischung der Kulturen leben, hofft aber doch, sich das alles vom Leibe halten zu können. Lieber vor Ort helfen als hier, lieber die Grenzen nicht zu sehr öffnen, lieber nicht zu viele Menschen ins Land lassen.

Und dabei haben die „richtigen“ Schweizer, diejenigen, die schon beim Rütlichwur Programme verkauft haben, schon längst verloren. Denn nur bei 43,7 % der Befragten sind alle vier Grosseltern Schweizern (**D7**) (italienischsprachig: sogar nur 21,8 %), bei 54,3 % ist mindestens ein Grosselternteil ausländisch. Und bei einem Viertel, bei 26,2 % sind alle vier Grosseltern Ausländer! Wir sind definitiv seit langem ein Einwandererland, bestehen zu einer Mehrheit aus Einwanderern und deren Nachkommen, also aus „Papierlischweizern“, wie sie von manchen verächtlich genannt werden.

Am Rande erwähnt sei, dass nur 14,9 % der Befragten Ausländer sind (**D5a**), also deutlich weniger, als Ausländer in der Schweiz leben. Damit sind sie unterrepräsentiert, die Befragung reproduziert damit das gesellschaftliche Muster, dass Migranten nicht wirklich angemessen zu Wort kommen.

Die Migration fungiert als Vehikel oder als Behälter, in den man alle offene Fragen und Probleme wirft, weil diese zu diskutieren schwieriger ist und einfache Lösungen nicht in Sicht sind. Denn es handelt sich dabei um fundamentale Fragen gesellschaftlichen Wandels: Betroffen ist erstens das Verhältnis zu aussen: Die Beziehung zu unseren Nachbarn, zu Europa, zur Welt. Betroffen sind zweitens die neuen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, weg von der Produktion zur Distribution, von der Menge zur Qualität, von den Routine- und Fließbandprozessen zur stetigen Innovation und vermehrten Bedeutung von Wissen. Betroffen ist drittens der Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse: Die Stellung der Frau und die Geschlechterrollen generell, die Familienpolitik, die Fragen des Wohlstands und des Konsums und damit auch der Einkommensverteilung; betroffen sind viertens die Probleme der föderalistischen Struktur, etwa bei der Steuerpolitik, der Raumplanung, dem Verkehr oder der verdichteten Bauweise; betroffen sind schliesslich Fragen der Bildung und der Nutzung des Potentials, der demographische Entwicklung und damit des Verhältnisses der Generationen und der Zukunft der Sozialpolitik. Und diese Ebenen sind aufs engste miteinander verknüpft und beeinflussen einander, wie wir momentan etwa in der Diskussion um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative erleben: Die an und für sich einfache Frage nach mehr oder weniger Migration tangiert praktisch jeden der oben aufgezählten Bereiche! Und alle einzelnen Teilbereiche sind an sich schon komplex, für viele ist es auf der Basis der aktuellen politischen Gegebenheiten und Machtverhältnisse kaum möglich, trag- und konsensfähige Lösungen zu finden – gerade auch, weil Diskussionen über strukturelle Anpassungen tabu sind. Und so widmet man sich lieber dem Migrationsthema: Die Betroffenen selber sind keine politischen Akteure, können sich also weder wehren noch sonst in die politische Auseinandersetzung eingreifen. Und das Thema ist – zumindest auf den ersten Blick – nicht durch komplexe Verästelungen zwischen lokaler, kantonaler und nationaler Ebene definiert, die viele der erwähnten Fragen schwierig machen, sondern ermöglicht klare und einfache Frontenbildungen (innen gegen aussen, Einheimische

gegen Fremde). Und die Migrantinnen und Migranten verkörpern mit ihrer blossen Anwesenheit all die komplizierten Fragen, lassen sich als konkretes Anschauungsmaterial für Prozesse verwenden, die ansonsten überaus abstrakt und schwer fassbar erscheinen. Und so läuft praktisch der gesamte gesellschaftliche Diskurs in der einen oder anderen Form über Fragen der Migration. Würde es die Migranten nicht geben, müssten wir sie erfinden, um ein geeignetes Gefäss zu haben, unsere Probleme zu diskutieren, ohne wirklich gezwungen zu sein, nach Lösungen zu suchen. Problembewirtschaftung statt Lösungssuche lautet die Devise.

Fazit

Die Schweiz ist seit dem „wichtigsten“ Ereignis, der Gründung des Bundesstaates, überaus erfolgreich gewesen. In einem politisch stabilen Rahmen hat sie im Zeitalter der Industrialisierung eine fulminante wirtschaftliche Entwicklung vollzogen, die das Land vom armen Agrar- und Auswanderungsland zum reichen Industriestaat und begehrten Einwanderungsland gemacht hat. Diese Stabilität und der Glaube an die Institutionen, wie sie schon Luc Boltanski in „Le Bonheur suisse“¹ auf der Basis der Expo-Vorstudie von 1964 beschrieben hat, sind ungebrochen. Gleichzeitig ist den Menschen aber sehr viel bewusster geworden, dass auf verschiedenen Ebenen ein Wandel eingesetzt hat, der die Welt und die Schweiz verändert und der Reformen und neue Lösungen unabdingbar macht. Dieses Bewusstsein zeigt sich in den allgemeinen Forderungen (Elternurlaub, Löhne, Steuern etc.). Aber politisch tragfähige Lösungen sind noch längst nicht in Sicht. Dies ist auch auf die enorme Stabilität des institutionellen Rahmens und das Vertrauen in diesen zurückzuführen. Denn ohne Reformen im politischen Machtgefüge sind diese Veränderungen kaum zu erreichen.

Man erkennt die Erfordernisse des Wandels, klammert sich aber an die Erfahrung der Stabilität. Ein mögliches (ironisches) Resultat könnte sein, dass dieses Festhalten an Stabilität schliesslich zu grösserer Instabilität führt, weil es zur Folge hat, dass keine sinnvollen Lösungen gefunden werden und schliesslich Zwänge aller Art die Entwicklungen bestimmen, nicht politisch strukturierte Entscheidungsprozesse. Das Glück der Schweizer könnte zu ihrem Unglück werden.

*Walter Leimgruber,
Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der Universität Basel*

¹ Luc Boltanski: *Le Bonheur suisse*. D'après une enquête réalisée par Isac Chiva, Ariane Deluz, Nathalie Stern. Paris, Ed. de Minuit 1966. Vgl. auch den Auszug aus dem Buch und den Text von Albert Tanner in: *Com&Com: Point de Suisse 2014: Resultate, Analysen, Texte*. St. Gallen 2014 (<http://www.pointdesuisse.ch/pds2014/ueber/publikation/>)